



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen der International Campaign for Tibet / Tibet Initiative Deutschland

1. Welche Konsequenzen sollten die weit verbreiteten und systematischen Menschenrechtsverletzungen, die von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) in Tibet begangen werden, für die Beziehungen zwischen der EU und China haben?

Antwort:

CDU und CSU setzen sich für den Schutz universeller Menschenrechte ein. Die Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte ist für unser Handeln ein unverrückbares Fundament. Wir lehnen jede Form der kulturellen, historischen oder sonstigen Relativierung dieser Rechte ab. Wir setzen uns für eine wirksame Verteidigung der Menschenrechte ein. Wir machen uns in China für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen stark. Das gilt ebenso für das Recht auf Religionsfreiheit und den Schutz religiöser Minderheiten.

2. Unterstützen Sie die Ausweitung der Sanktionen im Rahmen der globalen Menschenrechtssanktionsregelung der EU auf Personen und Einrichtungen, die für Menschenrechtsverletzungen in Tibet verantwortlich sind?

Antwort:

Grundsätzlich ja, aber wir werden jeden Einzelfall sorgfältig prüfen und möglichst international abstimmen.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

3. Werden Sie Entschlüsse des Europäischen Parlaments zu den Menschenrechtsverletzungen in Tibet unterstützen?

Antwort:

Grundsätzlich ja, aber auch jeden Resolutionsvorschlag werden wir sorgfältig prüfen.

4. Werden Sie sich für die Wiedereinsetzung der Tibet Intergroup des Europäischen Parlaments für die Legislaturperiode 2024-2029 einsetzen?

Antwort:

CDU und CSU unterstützen eine erneute Einrichtung der überfraktionellen Tibetgruppe im neuen Europäischen Parlament. Sie zeigt den starken Rückhalt für Tibet insbesondere bei EVP-Abgeordneten. Sie soll auch künftig dazu beitragen, den Gedankenaustausch über die Situation in Tibet zu vertiefen. Dies ermöglicht fraktionsübergreifende Standpunkte und Aktionen für die Menschen in Tibet.

5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die chinesische Regierung dazu zu bewegen, den sino-tibetischen Dialog wiederaufzunehmen?

Antwort:

CDU und CSU fordern in Gesprächen mit chinesischen Offiziellen auf allen Ebenen, den Dialog mit den tibetischen Vertretern zu suchen und eine Autonomielösung für Tibet anzustreben, die dem legitimen Recht der Tibeter nach religiöser und kultureller Selbstbestimmung Ausdruck verleiht und die Individualrechte der Tibeter, insbesondere bürgerliche und politische Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, wirksam schützt. Diese Praxis werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments fortsetzen.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

6. 2023 hat das Europäische Parlament das chinesische Zwangsinternats-System in Tibet verurteilt. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie auf EU-Ebene, um den Schutz der Kinderrechte in Tibet und der tibetischen Kultur zu gewährleisten?

Antwort:

CDU und CSU wollen, dass sich die Vertreter der EU-Institutionen bei bilateralen und multilateralen Treffen mit chinesischen Vertretern für den Schutz der Kinderrechte und der tibetischen Kultur einsetzen. Ein wichtiges Forum hierfür ist die Menschenrechtskonferenz (MRK) der Vereinten Nationen, bei der die EU-Institutionen ihre Strategie möglichst gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und den USA abstimmen sollten.

7. Werden Sie sich für einen gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union gegen die Einmischung der chinesischen Regierung in die Nachfolgeregelung des Dalai Lama einsetzen?

Antwort:

Ja, denn auch in dieser Frage hätte ein gemeinsamer Standpunkt der EU und ein gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten und den USA ein größeres politisches Gewicht.

8. Was werden Sie auf EU-Ebene unternehmen, um EU-Bürger und Menschen, die vor der Verfolgung durch die chinesische Regierung geflohen sind, vor transnationaler Repression durch China zu schützen?

Antwort:

Mit Sorge sehen CDU und CSU in den sogenannten „Übersee-Polizeistationen“ die chinesische Speerspitze der transnationalen Repression in Europa. Die



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben durch Chinesen auf europäischen Boden ist nicht akzeptabel. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen daher diese chinesischen Einmischungen eng im Blick behalten. Menschen, die in Europa Zuflucht gefunden haben, müssen sich darauf verlassen können, dass sie vor erneuten Bedrohungen aus China wirksam geschützt werden.